Gemeinde Götting

Niederschrift

über die Gemeindeversammlung der Gemeinde Götting am Dienstag, den 17.12.2024;
Feuerwehrgerätehaus der Gemeinde Götting

Beginn: 19:04 Uhr

Ende: 19:44 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender/Bürgermeister

Finnern, Karl-Heinz

Gemeindemitglied

Albrecht, Felix

Andresen, Sönke

Gerke, Gabriela

Gerke, Kai

Hägemann, Bruno

Hägemann, Lars Benjamin

Heitmann, Hans-Günter

Helmke, Thomas

Kirschner, Claudia

Lühmann, Nico

Majert, Martina

Meyn, Anke

Meyn, Elke

Meyn, Tobias

Neitzel, Tatjana

Prolingheuer, Antje

Ritsch, Kerstin

Ritsch, Stephan

Runde, Lars

Runde, Lisa

Schneider, Björn

Sommer, Jens

Tournay, Johann

Jaeger, Markus

Schriftführerin

Meincke, Sabrina

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Niederschrift der Gemeindeversammlung vom 07.11.2024
- 3) Bericht des Bürgermeisters
- 4) Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinde Göttin (Hebesatzsatzung)
- 5) 1. Nachtragshaushaltssatzung nebst Ergebnis und Finanzplan 2024 der Gemeinde Göttin
- 6) Haushaltssatzung nebst Ergebnis und Finanzplan 2025
- 7) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Finnern eröffnet die Gemeindeversammlung, begrüßt alle Anwesenden und bedankt sich für die nette Herrichtung und Bereitstellung des Versammlungsraumes bei Frau Majert. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Gemeindeversammlung beschlussfähig ist.

2) **Niederschrift der Gemeindeversammlung vom 07.11.2024**

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift vom 07.11.2024.

3) **Bericht des Bürgermeisters**

Herr Finnern berichtet:

- Die Behebung des Brandschadens im Feuerwehrgerätehaus dauert länger an als gedacht.
- Das Boot, welches in der Dorfstraße vor einem Grundstück steht, wird Anfang nächsten Jahres mit einem Kran auf das Grundstück der Anwohnerin gehoben.

4) **Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinde Göttin (Hebesatzsatzung)**

Ausgangslage:

Das Bundesverfassungsgericht hat das bisherige System der grundsteuerlichen Bewertung mit Urteil vom 10. April 2018 für verfassungswidrig erklärt, da es gleichartige Grundstücke unterschiedlich behandelte und so gegen das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichbehandlung verstoße. Es hat weiterhin entschieden, dass spätestens bis zum 31. Dezember 2019 eine gesetzliche Neuregelung getroffen werden musste. Dies ist auch erfolgt. Die Anwendung des bisherigen Bewertungsgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht bis zum 31. Dezember 2024 befristet. Ab dem 1. Januar 2025 wird dann die Grundsteuer auf Grundlage des neuen Rechts erhoben.

Das Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz– GrStRefG) vom 26. November 2019 (BGBl. 2019 I S. 1794) enthält u. a. die neuen Bewertungsregeln für Zwecke der Grundsteuer. Schleswig-Holstein wendet das sogenannte Bundesmodell der Grundstücksbewertung an. Es sieht vor, dass der gesamte Grundbesitz in Deutschland auf den Stichtag 1. Januar 2022 neu bewertet wird, d. h. mit den am 1. Januar 2022 bestehenden Verhältnissen. Hierfür haben die Eigentümerinnen und Eigentümer eine Erklärung

zur Feststellung des Grundsteuerwerts an das Finanzamt übermittelt. Die Finanzämter haben alle Grundstücke neu bewertet und den Gemeinden daraus berechnete Grundsteuermessbeträge übermittelt.

Berechnung der Grundsteuer:

Die Berechnung der Grundsteuer erfolgt in drei Schritten:

$$\text{Grundsteuerwert} \times \text{Steuermesszahl} \times \text{Hebesatz} = \text{Grundsteuer}$$

- 1) Berechnung des Grundsteuerwerts – wesentliche Faktoren sind der jeweilige Wert des Bodens (Bodenrichtwert) und die Höhe der statistisch ermittelten Nettokaltmiete, die u. a. von der sogenannten Mietniveaustufe der jeweiligen Gemeinde abhängt (je höher die Mietniveaustufe, desto höher ist tendenziell die Miete in einer Gemeinde). Weitere Faktoren sind die Grundstücksfläche, Grundstücksart und das Alter des Gebäudes.
- 2) Der neu ermittelte Grundsteuerwert wird mit der gesetzlich festgeschriebenen Steuermesszahl multipliziert, das ergibt den Grundsteuermessbetrag.
 - Für die Grundsteuer A wird mit der Steuermesszahl 0,55 v. T. multipliziert (Grundsteuerwert / 1.000 x 0,55 = Grundsteuermessbetrag).
 - Für die Grundsteuer B wird mit der Steuermesszahl 0,31 v. T. (Wohnbebauung) bzw. 0,34 v. T. (sonstige z. B. unbebaute Grundstücke und Geschäftsgrundstücke) multipliziert (Grundsteuerwert / 1.000 x 0,31 = Grundsteuermessbetrag).
- 3) Mit dem von der Gemeinde festgelegten Hebesatz wird der Grundsteuermessbetrag eines jeden Grundstückes multipliziert.

Anpassung der Hebesätze durch die Gemeinden:

Durch die Neubewertung aller Grundstücke ändert sich die Gesamtsumme der Grundsteuermessbeträge in einer Gemeinde. Sie kann mehr oder weniger deutlich über oder unter der bisherigen Summe liegen. Blieben die Hebesätze unverändert, würde das Grundsteueraufkommen der Gemeinde dann sinken oder steigen. Daher ist es unerlässlich, dass die Gemeinde neu über die Hebesätze entscheidet. So kann die Gemeinde dafür sorgen, dass sich insgesamt ihr Grundsteueraufkommen nicht verringert.

Transparenzregister des Landes

Im Zuge der Grundsteuerreform wurde seitens des Landes das politische Ziel ausgegeben, dass das Gesamt-Grundsteuer-Aufkommen jeder Kommune reformbedingt weder steigt noch sinkt (Aufkommensneutralität). Die verfassungsrechtlich festgeschriebene Hebesatzautonomie der Kommunen bleibt hiervon unberührt.

Zur Information für die Öffentlichkeit und zur Unterstützung der Kommunen bei ihrer Entscheidung für neue Hebesätze hat das Land ein Transparenzregister eingerichtet: Für jede Kommune werden diejenigen Hebesätze ausgewiesen, die

zu einer aufkommensneutralen Erhebung der Grundsteuer führen. Für jede Kommune erfolgt eine individuelle Berechnung eines Hebesatzes für die Grundsteuer A (für wirtschaftliche Einheiten -wE- des Vermögens der Land- und Forstwirtschaft -LuF-) und für die Grundsteuer B (für wE des Grundvermögens -GV-).

Das Finanzministerium hat die Rahmenbedingungen in dem Landtags-Umdruck 20/3424 aufgezeigt. Zunächst wird das Grundsteueraufkommen der Kommune anhand der bisherigen Messbeträge ermittelt. Danach erfolgt eine Schätzung der bisher fehlenden Festsetzungen im neuen Recht durch das Statistikamt Nord anhand verschiedener Verfahren. Dabei werden laut Finanzministerium statistisch relevante und auffällige Einheiten identifiziert und werden bevorzugt bearbeitet bzw. erneut überprüft.

Eingeflossen sind ferner insbesondere folgende Rechtsänderungen:

- Für bestimmte Einheiten wird kein Messbetrag mehr festgesetzt
- Wohnteile land- und forstwirtschaftlicher Betriebe werden aus der Grundsteuer A herausgetrennt und gesondert in der Grundsteuer B festgesetzt

Dadurch kommt es zu einer Verschiebung des betreffenden Messbetragsvolumens von Grundsteuer A zur Grundsteuer B, dieses wurde im Transparenzregister berücksichtigt.

Eine unterschiedliche Wertentwicklung in den Kommunen kann gemäß Transparenzregister zu einem teilweise stark veränderten Hebesatz gegenüber dem bisherigen Hebesatz führen, um die angestrebte Aufkommensneutralität sicherzustellen.

Die Wertermittlung des Transparenzregisters basiert auf der Datenlage Mitte 2024. Seit dem, sind einige weitere Veranlagungen durchgeführt und diverse Einspruchsverfahren beendet worden. Es wurde daher durch die Verwaltung eine Verprobung der vom Transparenzregister vorgeschlagenen Hebesätze vorgenommen. Für den Fall, dass die Hebesätze des Transparenzregisters von den selbst ermittelten Hebesätzen abweichen, wird empfohlen, auf die von der Verwaltung ermittelten Hebesätze abzustellen, da sie auf den aktuellen Datenbestand basieren.

Auswirkungen der Anpassung auf die einzelnen Grundstücke:

Auch wenn die Reform insgesamt aufkommensneutral ausgestaltet wird (v. a. durch die deutliche Absenkung der Steuermesszahl und die Anpassung der Hebesätze), also die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in der Gemeinde nicht mehr oder weniger Grundsteuer zahlt, werden sich die individuellen Steuerbeträge verändern. Einige werden mehr Grundsteuer bezahlen müssen, andere weniger. Das ist die zwingende Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und – angesichts der bisherigen Ungleichbehandlungen aufgrund der großen Bewertungsunterschiede durch das Abstellen auf veraltete Werte – unvermeidbar. Änderungen der individuellen Steuerbeträge hätten sich auch bei jeder anderen Ausgestaltung einer Grundsteuerreform ergeben, die die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzt.

Widerspruchs- und Klageverfahren, Aufhebung von Bescheiden

Viele Eigentümer haben Rechtsmittel gegen den Feststellungsbescheid des Finanzamtes eingelegt. Die Rechtsmittel haben aber gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 VwGO grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung. Die Gemeinde ist an den Bescheid des Finanzamtes gebunden. Der Bürger muss die Grundsteuer trotz seiner Einwände trotzdem (zunächst) bezahlen.

Die bisherigen Einheitswertbescheide, Grundsteuermessbescheide, Bescheide über die Zerlegung des Grundsteuermessbetrags und Grundsteuerbescheide, die vor dem 1. Januar 2025 auf Basis des alten Rechts erlassen wurden, werden gesetzlich mit Wirkung für die Zukunft aufgehoben (§ 266 Abs. 4 Bewertungsgesetz), einer Einzelaufhebung bedarf es nicht.

Beschlussempfehlung:

1. Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinde Götting (Hebesatzsatzung) wird in der durch die heutige Beratung gefundenen Form und Fassung beschlossen.

2. Die Hebesätze werden ab dem Jahr 2025 wie folgt festgelegt:

- Grundsteuer A 290 %
- Grundsteuer B 290 %
- Gewerbesteuer 300 %

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2025 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen:

einkommensneutral

Beschluss

3. Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinde Götting (Hebesatzsatzung) wird in der durch die heutige Beratung gefundenen Form und Fassung beschlossen.

4. Die Hebesätze werden ab dem Jahr 2025 wie folgt festgelegt:

- Grundsteuer A 290 %
- Grundsteuer B 290 %
- Gewerbesteuer 300 %

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2025 in Kraft.

Abstimmung: Ja: 20 Nein: 2 Enthaltung: 2

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindemitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

5) **1. Nachtragshaushaltssatzung nebst Ergebnis und Finanzplan 2024 der Gemeinde Göttin**

Der Nachtragshaushalt 2024 weist gegenüber dem Haushalt 2024 ein um 4.000 EUR schlechteres Ergebnis aus. Auch der Finanzplan des Nachtragshaushaltes stellt sich um 4.000 EUR schlechter dar.

Im Ergebnisplan zeigt sich zunächst eine wesentliche Verbesserung, da die Benutzungsgebühren, hauptsächlich im Bereich der Abwasserversorgung, insgesamt um 16.600 EUR ansteigen. Gleichzeitig erhöht sich jedoch der Unterhaltungsaufwand um 16.300 EUR, was auf den Bereich der Abwasserversorgung zurückzuführen ist. Zudem steigt der Aufwand für die Gastschulbeiträge um 4.000 EUR. Darüber hinaus sind verschiedene kleinere Erhöhungen der Aufwendungen sowie Einsparungen und zusätzliche Erträge zu verzeichnen, die im Einzelnen in der zusammengefassten Anlage aufgeführt sind.

Im Finanzplan wirken sich diese zahlungsrelevanten Ergebnisveränderungen der Gemeinde zunächst im Bereich der laufenden Verwaltungskosten aus. Im investiven Bereich gab es hingegen keine Veränderungen.

Beschlussempfehlung:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024 nebst Ergebnis- und Finanzplan und den vorgeschriebenen Anlagen wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Es bestehen keine direkten finanziellen Auswirkungen, sondern lediglich die Ermächtigung für Ein- und Auszahlungen.

Beschluss

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024 nebst Ergebnis- und Finanzplan und den vorgeschriebenen Anlagen wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmung: Ja: 20 Nein: 2 Enthaltung: 2

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindemitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

6) **Haushaltssatzung nebst Ergebnis und Finanzplan 2025**

Der Ergebnisplan schließt mit einem negativen Jahresergebnis 2025 in Höhe von 18.000,00 € ab.

Die Erträge der Gemeinde Göttin sind im Wesentlichen geprägt von:
Gemeindeanteile an der Einkommensteuer 55.800,00 €

Schlüsselzuweisungen	37.300,00 €
Grundsteuer B	6.400,00 €

Den Erträgen stehen im Wesentlichen nachstehende Aufwendungen entgegen:

Kreisumlage	30.500,00 €
Wohngemeindeanteil Kita	30.000,00 €
Amtsumlage	23.400,00 €
Sonderumlage Kindergärten	12.300,00 €

Der Finanzplan spiegelt zunächst die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit wieder. Darüber hinaus weist der Finanzplan die Investitionskosten aus.

Die Gemeinde Göttin plant für das Haushaltsjahr 2025 keine Investitionen.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeindevertretung Göttin beschließt die Haushaltssatzung 2025, den Ergebnis- und Finanzplan 2025 nebst den vorgeschriebenen Anlagen in der vorliegenden Fassung.

Finanzielle Auswirkungen:

Es bestehen keine direkten finanziellen Auswirkungen, sondern lediglich die Ermächtigung für Ein- und Auszahlungen.

Beschluss

Die Gemeindevertretung Göttin beschließt die Haushaltssatzung 2025, den Ergebnis- und Finanzplan 2025 nebst den vorgeschriebenen Anlagen in der vorliegenden Fassung.

Abstimmung: Ja: 21 Nein: 3 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindemitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

7) **Verschiedenes**

Zum Thema Kiesabbau gibt es nichts Neues zu berichten.

.....
Karl-Heinz Finnern
Vorsitz

.....
Sabrina Meincke
Schriftführung